

Antrag 01

Antragsteller: Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Hessen

Antragsthema: Leitantrag

Der Wind beginnt sich zu drehen – die Linke verändert das Land

Durch den Einzug der LINKEN in den Landtag ist es in Hessen spannend geworden. Ohne uns wäre schon alles klar: Wir hätten eine schwarz-gelbe Landesregierung unter einem Ministerpräsidenten Koch.

DIE LINKE hat sich in einem Lager-Wahlkampf neben schwarz-gelb und rot-grün als dritte Kraft behauptet. Das ist neu und herausragend. Das strahlt auf ganz Deutschland aus. Nunmehr haben wir es in Hessen wie auch im Bundestag, in Bremen und Niedersachsen, mit einem 5-Parteien-System zu tun. Es fällt der politischen Klasse schwer, sich mit dem Ergebnis der Wahlen abzufinden und die Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler zu akzeptieren.

Die Wählerinnen und Wähler haben die Regierung Koch abgewählt. Sie wollen keine Fortsetzung der CDU-Politik, in welcher Variante und mit welchen Personen auch immer. Die von Koch zu verantwortende Spaltung der Gesellschaft, die Stimmungsmache gegen Migrantinnen und Migranten und der Antikommunismus müssen sofort beendet werden.

Der LINKEN geht es um konkrete Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger. Dafür streiten wir im Hessischen Landtag, in den kommunalen Vertretungen und im Alltag.

Die in allen Bereichen vorhandene besondere Benachteiligung von Mädchen und Frauen zu überwinden, gehört zur festen Zielsetzung der Linken.

DIE LINKE will in den Parlamenten und im Alltag ein starker Partner der Gewerkschaften, von sozialen Initiativen und der Friedensbewegung sein. Wir wissen, dass die Anforderungen an unsere Arbeit mit unserem Wahlerfolg gewachsen sind. Wir wollen mit unserer Arbeit im Landtag den Wählerinnen und Wählern beweisen, dass es richtig war, ihre Stimme der LINKEN zu geben.

Hessen darf nicht mehr die Armen, sondern muss endlich die Armut bekämpfen; Hartz IV muss weg. Ein Mindestlohn von 8,44 € muss durchgesetzt werden. Ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, das zu mindestens 25.000 Existenz sichernden Arbeitsplätzen führt, wäre eine hessische Alternative zur Agenda 2010.

Hessen muss Bildung für alle garantieren. Eine Neuausrichtung der Bildungspolitik ist unverzichtbar. Bildung ist ein Menschenrecht und keine Ware. Der Geldbeutel der Eltern darf nicht länger über die Chancen von Kindern entscheiden. Notwendig ist eine Bildungsreform, die Gemeinschaftsschulen, die Abschaffung aller Studiengebühren und die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage beinhaltet. Bildung und Ausbildung sind wichtige Bestandteile für die Integration Jugendlicher mit einem Migrationshintergrund. Das stellt besondere Anforderungen an Lehrpläne, Lehrer, Schüler und Eltern. Eine moderne Bildungspolitik muss dieser Aufgabe gerecht werden. Schmalspurbildung wie das „G-8-System“ führt zu einer ständigen Überlastung von Schülern, Lehrern und Eltern. Sie raubt Kindern die Freude am Lernen und an ihrer Kindheit. Hessen muss allen Kindern ein kostenloses, gesundes Mittagessen garantieren.

Hessen muss mehr Demokratie verwirklichen. Vielfältige Formen der direkten Demokratie sollen ausgebaut werden. Die Hessische Landesverfassung muss Leitlinie der Politik werden.

Demokratie darf nicht am Betriebstor enden. DIE LINKE will Mitbestimmungsrechte im Öffentlichen Dienst und in der privaten Wirtschaft stärken.

Hessen braucht eine Wirtschaftspolitik der sozialen Verpflichtung und der ökologischen Verantwortung. Eigentum verpflichtet. Die Privatisierung kommunalen und Landeseigentums muss beendet werden. Privatisierung öffentlichen Eigentums ist von Nachteil für die Benutzer und die Beschäftigten. Statt Privatisierung muss Rekommunalisierung, besonders für Energie (Strom, Gas, Wasser) und den öffentlichen Nahverkehr, auf die Tagesordnung. Hessische Politikerinnen und Politiker sollten sich für kräftige Lohnerhöhungen einsetzen. Lohnerhöhungen stimulieren die Binnenkonjunktur und stärken kleinere und mittlere Betriebe. Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse müssen überwunden werden. Großprojekte wie den Ausbau der Flughäfen Frankfurt/Main und Kassel-Calden lehnt DIE LINKE ab.

In Hessen gibt es eine Mehrheit links von CDU und FDP. Die SPD muss sich nun entscheiden, ob aus der rechnerischen Mehrheit eine politische Mehrheit wird, ob sie ihre Wahlversprechen einlöst oder ob sie bereits heute darauf verzichtet: Zusammen mit der FDP gibt es keinen Mindestlohn, zusammen mit der CDU keine Gemeinschaftsschulen. Eine große Koalition in Hessen wäre ein Programm des weiteren Sozialabbaus. Wer Wahlversprechen bricht, schädigt die Demokratie und betrügt die Wählerinnen und Wähler – und das bereits wenige Tage nach den Wahlen. Für DIE LINKE zählt der Wille der Wählerinnen und Wähler.

DIE LINKE hat für einen Politikwechsel kandidiert und ist dafür gewählt worden. Dabei bleibt es. DIE LINKE hat den Wählerinnen und Wählern gesagt, nur mit ihrem Einzug in den Landtag werden CDU und FDP die Mehrheit verlieren. Das ist eingetreten. SPD und Grüne versuchen, darüber hinweg zu täuschen: Sie wollen den Eindruck erwecken, dass der Einzug der LINKEN Hessen unregierbar gemacht hat bzw. zur einer großen oder einer Ampel-Koalition zwingen würde. Das ist nicht nur falsch, sondern widerspricht auch dem Wählerwillen. Für DIE LINKE bleiben die politischen Inhalte und nicht das Koalitions-Gerangel Feld ihrer Arbeit.

DIE LINKE stark machen. Damit haben wir den Wahlkampf geführt. Ohne DIE LINKE stände der Mindestlohn in Deutschland nicht auf der Tagesordnung. Ohne DIE LINKE blieben deutsche Kriegseinsätze ohne Widerstand im Bundestag. Ohne DIE LINKE ist eine Korrektur der katastrophalen Renten-Beschlüsse nicht zu erreichen.. Ohne DIE LINKE wird die Vermögenssteuer nicht wieder eingeführt und die Umverteilung von unten nach oben nicht gestoppt. Ohne DIE LINKE gäbe es in den Parlamenten keine wirksame Stimme für Lohnerhöhung, gegen Leiharbeit und befristete Arbeitsverhältnisse.

DIE LINKE zu wählen, war eine richtige und wichtige Entscheidung. Dass mehr Menschen in der LINKEN mitarbeiten, das wünschen wir uns und dafür werben wir. Vor Ort, in den Städten und Gemeinden, in Betrieben, an Schulen und Hochschulen, in Vereinen und Initiativen, vor Arbeitsämtern und ARGEN. DIE LINKE will beweisen, dass nicht nur eine andere Politik möglich ist, sondern Parteien anders arbeiten können: demokratisch, transparent, tolerant und solidarisch parlamentarisch und außerparlamentarisch zusammen mit sozialen Bewegungen und Institutionen, . Das ist für uns eine Herausforderung, die wir einlösen wollen. DIE LINKE muss stärker werden – auf der Fläche und in den Städten, in allen Teilen Hessens. DIE LINKE ist eine Mitglieder-Partei – wir werben um mehr Mitglieder. Wir nehmen uns vor, dass bis Ende Dezember dieses Jahres DIE LINKE in Hessen 3.000 Mitglieder zählt.